

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft
An der Reeperbahn 2, 28217 Bremen

Umweltbetrieb Bremen
Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen
z.H. Herrn Günter Brandewiede
Willy-Brandt-Platz 7
28215 Bremen

nur per e-mail:

Guenter.Brandewiede@ubmbremen.de

Auskunft erteilt
Dr. Beate Kasper

An der Reeperbahn 2, 28217 Bremen
Barrierefreier Zugang: An der Reeperbahn 2

Tel.: +49 421 3 61-1 70 64
E-Mail: beate.kasper@umwelt.bremen.de
Internet: www.umwelt.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen – bitte bei Antwort angeben
532858/2025

Bremen, den 12. Mai 2025

Ausnahmegenehmigung zur Bekämpfung von Maulwürfen

Sehr geehrter Herr Brandewiede,

auf Ihren Antrag per e-mail vom 08.05.2025 ergeht folgender

- Bescheid -

1. Hiermit erteile ich Ihnen eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 45 Abs. 7 Nr. 4 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)¹ von den Verboten des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG für das aus Gründen der Gewährleistung der Verkehrssicherheit erforderliche Töten von Maulwürfen (*Talpa europaea*) auf den begangenen Rasen-, Wiesen, Wege- und Platzflächen (außer Gehölzflächen) in den nachfolgend aufgeführten städtischen Grün- und Freianlagen:
 - Grün- und Parkanlagen
 - Friedhöfe
 - Sportanlagen
 - Liegewiesen an Badeseen
 - Kinderspielplätze
 - Kindertagesstätten
 - Schulen
 - sonstigen öffentlichen Gebäuden
 - Kleingärten (Rahmengrün)
 - öffentlichen Straßen (Straßenbegleitgrün).
2. Eine Ausnahmegenehmigung nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV)² für die Bekämpfung durch das Fangen und Töten mit Fallen wird hiermit ebenfalls erteilt.
3. Das Fangen und Töten der Maulwürfe mit Fallen ist jedoch nur in der Zeit vom 15.08. eines Jahres bis zum 30.04. des Folgejahres zulässig.
4. Im Zeitraum vom 01.05. bis zum 14.08. eines Jahres darf das Töten der Maulwürfe - aus Tierschutzgründen - nur durch Begasung erfolgen.
5. Eine Ausnahmegenehmigung nach § 4 Abs. 1 Nr. 6 BArtSchV für die Bekämpfung durch Begasen wird mit diesem Bescheid erteilt.

¹ vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 232)

² vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S. 258, ber. S. 896), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 21.1.2013 (BGBl. I S. 95)

6. Die Genehmigung wird unter folgenden Bedingungen erteilt:

- 6.1. Es werden - außer den Maulwürfen - keine anderen geschützten Tiere wildlebender Arten beeinträchtigt.**
- 6.2. Der Fang findet nur auf den begangenen o.g. Flächen im Rahmen der Gewährleistung der Verkehrssicherheit statt und nicht auf Flächen, die nicht begangen werden (z.B. Gehölzflächen).**
- 6.3. Der Fang mit Fallen sowie das Begasen und das Töten der Maulwürfe darf nur durch Personen durchgeführt werden, die eine entsprechende Erlaubnis gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 8 Buchstabe e des Tierschutzgesetzes (TierSchG)³ besitzen.**
- 6.4. Die Anwendung des für die Begasung vorgesehenen Pflanzenschutzmittels muss durch den zuständigen Pflanzenschutzdienst beim Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen (LMTVet), Lötzer Str. 3, 28207 Bremen, genehmigt worden sein.**

7. Diese Genehmigung gilt bis auf Widerruf.**8. Die Stadtgrün Bremen als Rechtsvorgänger des Umweltbetriebes Bremen erteilten Genehmigungen vom 18.04.2008 und 18.03.2010 werden hiermit widerrufen und durch diese Genehmigung ersetzt.**

Für diesen Bescheid wird eine Gebühr in Höhe von 237,90 Euro (zweihundertsiebenunddreißig Euro und neunzig Cent) fällig. Sie wird mit gesonderter Rechnung erhoben.

Begründung:

Maulwürfe (*Talpa europaea*) zählen nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 Buchstabe c) BNatSchG zu den besonders geschützten Tieren, da sie als heimische Säugetiere in der Anlage 1 der BArtSchV aufgeführt sind.

Gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist es verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Die nach Landesrecht zuständigen Behörden können auf der Grundlage des § 45 Abs. 7 Nr. 4 BNatSchG im Einzelfall und im Interesse der Gesundheit des Menschen sowie der öffentlichen Sicherheit, Ausnahmen von den Verboten des § 44 BNatSchG zulassen.

Eine Ausnahme darf nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Population einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Art. 16 Abs. 1 der Richtlinie 92/43/EWG weitergehende Anforderungen enthält.

Im o.g. Antrag wurde dargelegt, dass eine Bekämpfung erforderlich ist, weil Maulwurfsaktivitäten auf den genannten Flächen regelmäßig zu erheblichen Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit und Nutzbarkeit führen. Besonders auf Sportplätzen und Friedhöfen stellt die durch Erdhügel und Gangsysteme verursachte Bodeninstabilität ein erhebliches Unfallrisiko für Nutzerinnen und Nutzer dar. Um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten ist es erforderlich, die Maulwürfe zu töten.

Nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 BArtSchV ist es verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten und der nicht besonders geschützten Wirbeltierarten, die nicht dem Jagd- oder Fischereirecht unterliegen, mit Fallen nachzustellen, sie anzulocken, zu fangen oder zu töten.

Darüber hinaus ist es nach § 4 Abs. 1 Nr. 6 BArtSchV ebenso verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten und der nicht besonders geschützten Wirbeltierarten, die nicht dem

³ in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 20 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2752) geändert worden ist

Jagd- oder Fischereirecht unterliegen, durch Begasen oder Ausräuchern oder unter Verwendung von Giftstoffen, vergifteten oder betäubenden Ködern oder sonstigen betäubenden Mitteln, zu töten.

Im Einzelfall kann die nach Landesrecht zuständige Behörde auf der Grundlage des § 4 Abs. 3 BArtSchV Ausnahmen von den Verboten des § 4 Abs. 1 BArtSchV zulassen, soweit dies zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger gemeinwirtschaftlicher Schäden, zum Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt oder für Zwecke der Forschung, Lehre oder Wiederansiedlung oder zur Nachzucht für einen dieser Zwecke erforderlich ist, der Bestand und die Verbreitung der betreffenden Population oder Art dadurch nicht nachteilig beeinflusst wird und sonstige Belange des Artenschutzes, insbesondere Art. 9 Abs. 1 der Richtlinie 79/409/EWG nicht entgegenstehen.

Das Fangen und Töten der Maulwürfe mittels Fallen ist aus Tierschutzgründen nur in der Zeit vom 15.08. eines Jahres bis zum 30.04. des Folgejahres zulässig, da Maulwürfe in der Zeit von Mai bis Juni Jungtiere zur Welt bringen und diese ca. 5 Wochen säugen. Die Jungtiere sind nach ca. 2 Monaten selbständig. Ein Fangen der Muttertiere in dieser Zeit würde bei den Jungtieren zu Schmerzen, Leiden und Tod durch Verhungern führen und ist deshalb aus Tierschutzgründen nicht zulässig. Für den Fall, dass im Zeitraum vom 01.05. bis 14.08. dennoch aus Gründen der Gewährleistung der Verkehrssicherheit eine Bekämpfung der Maulwürfe notwendig ist, dürfen – zwecks Wahrung des Tierschutzes – die Tiere nur mittels Begasung getötet werden.

Der Bestand und die Verbreitung des Maulwurfs werden durch die Maßnahme nicht beeinflusst.

Die Voraussetzungen nach § 45 BNatSchG sowie § 4 BArtSchV liegen vor. Die Ausnahme-genehmigungen von den Verboten des § 44 Abs. 1 BNatSchG sowie § 4 BArtSchV können daher erteilt werden.

Die Bedingungen Nr. 6.1. und 6.2. sind erforderlich, um die Auswirkungen der Maßnahme auf das unbedingt erforderliche Maß zu begrenzen.

Die Bedingung Nr. 6.3. ist erforderlich, da nur der genannte Personenkreis die entsprechenden Kenntnisse zur Durchführung der Maßnahme besitzt und die erforderliche Sachkunde gegenüber der Veterinärbehörde nachgewiesen hat.

Die Bedingung Nr. 6.4. ist erforderlich, um die Vorschriften des Pflanzenschutzgesetzes (PflSchG)⁴ einzuhalten.

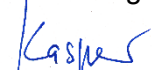
Die Gebührenentscheidung beruht auf den Vorschriften des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes (BremGebBeitrG)⁵ in Verbindung mit Ziffer 50.2 des Kostenverzeichnisses der Kostenverordnung der Umweltverwaltung (UmwKostV) vom 27. August 2002 (Brem.GBl. 2002, S. 423), zuletzt geändert durch Verordnung vom 06. August 2024 (Brem.GBl. S. 696) und Ziffer 103.00 des Kostenverzeichnisses der Allgemeinen Kostenverordnung (AllKostV) vom 16. August 2002 (Brem.GBl. 2002, S. 333), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. März 2025 (Brem.GBl. S. 394).

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Bremen, Am Wall 198, 28195 Bremen, erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Dr. Kasper

⁴ Pflanzenschutzgesetz vom 6. Februar 2012 (BGBl. I S. 148, 1281), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2752) geändert worden ist

⁵ vom 16. Juli 1979 (BremGBl. S. 279), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 02. Mai 2023 (Brem.GBl. S. 434)